



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Harburg

Antrag CDU-Fraktion / Dr. Jaeger, Antje / Fischer-Pinz, Brit-Meike / Bliefernicht, Rainer / Schneider, Uwe	Drucksachen-Nr.: 21-2742 Datum: 10.02.2023
--	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

Antrag CDU betr. Schluss mit Gendersprache in Verwaltung

Sachverhalt:

Die Volksinitiative "Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung" setzt sich dafür ein, dass die amtliche schriftliche oder elektronische Kommunikation und Veröffentlichung unter Einhaltung der Regeln des "Rats für deutsche Rechtschreibung" erfolgt. Dieses soll auch für das Bezirksamt Hamburg-Harburg gelten. Näheres unter www.vds-ev.de/gendern/.

Auch der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann hält nichts vom Gendern. "Die Schulen müssen sich an das halten, was der Rat für deutsche Rechtschreibung vorgibt. Sonst haben wir am Ende keine einheitliche Rechtschreibung mehr", sagte der Grünen-Politiker der Nachrichtenagentur dpa. Es sei "schon schlimm genug, dass so viele unserer Grundschüler nicht lesen können". Man müsse es ihnen "nicht noch erschweren, indem man in der Schule Dinge schreibt, die man gar nicht spricht". Vom Rat für deutsche Rechtschreibung werden Genderstern, Binnen-I und Doppelpunkt (Autor*innen, HändlerInnen, Lehrer:innen) nicht empfohlen.

Petition/Beschlussvorschlag:

Vor diesem Hintergrund wird beantragt, die Bezirksversammlung möge beschließen:

Die Bezirksamtsleiterin wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass binnen 3 Monaten nach diesem Beschluss die amtliche schriftliche oder elektronische Kommunikation und Veröffentlichung des Bezirksamtes Hamburg-Harburg unter Einhaltung der Regeln des "Rats für deutsche Rechtschreibung" erfolgt.

Hamburg, am 08.02.2023